

## 49 Prozent

## Jetzt kommen die Cyberkriegerinnen!



Patrick Imhasly

Internetbetrüger haben im Jahr 2016 die persönlichen Daten von zwei Milliarden Menschen gestohlen. Cybersecurity ist ein riesiges Problem - so gigantisch, dass jetzt die Frauen dessen Lösung an die Hand nehmen müssen. Davon ist zumindest die Soziologin Winifred Poster von der Washington University überzeugt. In einem Kommentar im Wissenschaftsmagazin «Nature» hat sie jüngst erklärt, um unser aller Leben im Internet zu beschützen, seien Erfahrungen und Fähigkeiten gefragt, die männliche Hacker und grimmige Cyberkrieger schlicht nicht zu bieten hätten.

Posters Argumente sind verführerisch. Frauen wird die Identität auf elektronischem Weg anscheinend häufiger gestohlen als Männern. Auch technologisch gesehen sind sie benachteiligt: Biometrische Systeme, wie sie an Flughäfen zum Einsatz kommen, können die Gesichter von Frauen schwerer identifizieren als jene von Männern. Diese Fakten zeigen für Poster, dass es in der Cybersecurity-Branche dringend mehr Frauen braucht. Derzeit sind es weltweit lediglich elf Prozent, obwohl doch, so

schreibt Poster, gerade diese Branche auf vielseitig begabte Menschen angewiesen sei: auf gute Coaches, Problemlöser, kritische Denker, auf empathisch veranlagte und kommunikativ begabte Leute. Auf Frauen eben. Nur ihnen gelingt es demnach, in das Gehirn von Internetkriminellen zu blicken, Gegenstrategien zu entwickeln und so die Fieslinge schachmatt zu setzen. Leider würden aber Kenntnisse, die über Technik und Ingenieurwissen hinausgingen, bei der Ausbildung von Cybersecurity-Experten nicht geschätzt, klagt die Soziologin.

Es ist bestimmt ein Vorteil, wenn eine für die elektronische Sicherheit eines Unternehmens verantwortliche Fachkraft nicht nur Codes entschlüsseln kann, sondern auch ein Gespür für die Marotten eines Angreifers zu entwickeln vermag. Aber indem Winifred Poster dem Klischee des männlichen Tech-Nerds jenes der genuin weiblichen Intuition gegenüberstellt, tappt sie in dieselbe Falle wie schon manch eine Feministin oder ein frauenbewegter Mann vor ihr. Im berechtigten Bemühen, die Rolle der Frau zu stärken, ersetzen sie ein Stereotyp durch ein anderes: An die Stelle einer negativ besetzten Verallgemeinerung zulasten der Männer tritt eine positiv verbrämte Vorstellung vom Wesen der Frau als solcher. Dasselbe läuft ab, wenn Personalverantwortliche betonen, Frauen hätten in Führungspositionen eine wichtige, sozial integrierende Funktion unter all den rational und kalt agierenden Männern.

Ob negativ oder positiv konnotiert: Ein Stereotyp ist eine Zuschreibung, die Men-



Für Frauen muss es auf die Dauer todlangweilig sein, wenn sie in gemischten Teams die Kümmerante zu spielen haben.

schen auf eine Rolle reduziert und ihre Möglichkeiten zur freien Entfaltung so eingeschränkt. Für Frauen muss es auf die Dauer todlangweilig sein, wenn sie in gemischten Teams die Kümmerante zu spielen haben. Männer, die glauben, ihre Ziele im Job nur mit ausgefahrenen Ellbogen statt mit Softpower erreichen zu können, verpassen ganz bestimmt einen inspirierenden Teil des Erwerbslebens.

Bei den Frauen kommt hinzu, dass die Feminisierung einer Branche noch selten gut getan hat. Seit die Frauen die Mehrheit unter den Lehrerinnen und Lehrern und zunehmend auch unter den Ärztinnen und Ärzten stellen, haben diese Berufe an sozialem Prestige verloren. Das ist nicht die Schuld der Frauen, zeigt aber, dass Tätigkeiten, die primär von Frauen ausgeübt werden, bei uns nach wie vor als weniger anspruchsvoll gelten und deshalb weniger wert sind.

Eigentlich müssten die Cyberkriegerinnen der Zukunft nichts anders tun, als sich auf ihre Wurzeln zu besinnen. Die Bezeichnung «Computer» stand ursprünglich nicht für ein elektronisches Gerät, sondern für die Frauen, die es bedienten. Amerikanerinnen haben in den vierziger Jahren als Erste die Flugbahnen von Geschossen von Hand berechnet und mit diesen Daten Maschinen programmiert. Sie haben das nicht geschafft, weil sie besonders feinfühlig waren, sondern weil sie verdammt gut rechnen konnten.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## Einmal ist keinmal. Stimmt das?



Markus Felber

Diebstahl ist verboten und muss bestraft werden. Doch gilt das auch für Kleinigkeiten? In der Tat kann man sich fragen, ob es sinnvoll ist, wegen eines geklauten Apfels die Maschinerie der Strafjustiz anzuwerfen. Die Schweizer Strafprozessordnung belässt denn auch für das sogenannte Opportunitätsprinzip einen gewissen Spielraum, damit die Behörden ausnahmsweise vom Grundsatz abweichen können, wonach jede Straftat geahndet werden muss.

Problematisch wird das, wenn die Ausnahmefähigkeit schematisch genutzt wird und damit zu einer Art Regel wird. Würde es etwa zur ständigen Praxis, den Diebstahl von Waren mit einem Verkaufspreis von weniger als 10 Franken gar nicht zu ahnden, verlöre das Eigentum bis zu diesem Wert den strafrechtlichen Schutz. Was weniger kostet, wäre höchstens noch durch Faustrecht geschützt und dürfte als eine Art Gemeingut von jedermann behändigt werden.

Nicht ganz so weit gehen wollte man in Baden-Württemberg. Dennoch besteht dort ein sogenannter Kleinkriminalitätserlass des Justizministeriums, laut dem die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls einstellt, wenn das Diebesgut höchstens 25 Euro wert ist und der Dieb zum ersten Mal erwischt wird. Wer kriminelle Energie hat, soll diese offensichtlich einmal bis zum Betrag von 25 Euro ausleben dürfen.

Damit wurde allerdings übersehen, dass mit einer solchen Regelung potenziellen Dieben keineswegs nur ein einziges Delikt zugestanden wird. Vielmehr kann einer auch über längere Zeit immer wieder ohne Strafrisiko klauen, solange es im Bagatelbereich bleibt. Denn zu Ende ist der diebische Spass erst, wenn der Täter zum ersten Mal erwischt wird.

Baden-Württemberg will nun eine Kehrtwende einleiten und künftig wieder alle Diebstähle ahnden. Das ist gut für den Rechtsstaat. Und das muss auch nicht brutal hart umgesetzt werden. Rechtsgleich und konsequent genügt.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Zum Glück sind Sie Anwalt und nicht Arzt»

Das Rezept für die Gesundheitspolitik? Eigenverantwortung, sagt Andrea Caroni. Nein, Prämienbeihilfen und weniger Wettbewerb, empfiehlt Mattea Meyer

## Mattea Meyer

Geschätzter Kollege, bei der Zeitungslektüre letzte Woche ist wohl einigen das Gipfeli im Hals steckengeblieben: Die Chefin der CSS-Krankenkasse schlägt vor, den Selbstbehalt auf 10 000 Franken zu erhöhen. Ist das für Sie eine bittere Pille, die es gegen die steigenden Gesundheitskosten einfach zu schlucken gilt - oder das Ende unserer Gesundheitsversorgung, wie wir sie kennen?

## Andrea Caroni

Geschätzte Kollegin, unser Gesundheitssystem ist finanziell krank. Aber niemand will die zur Gesundheit nötigen bitteren Pillen schlucken. Vor diesem Hintergrund bewundere ich den Mut der CSS-Chefin: Wie eine gute Ärztin hat sie nicht nur die Symptome beschrieben (explodierende Kosten) und die Krankheit diagnostiziert (Anreize zur Verschwendung allenthalben wie an einem Alles-inklusive-Buffer). Sie hat auch ein wirksames, wenn auch unangenehmes Rezept ausgestellt (mehr Eigenverantwortung). Eine Sozialversicherung sollte die grossen Schicksalsschläge auffangen, nicht die kleinen Bobos. Ein erhöhter Selbstbehalt macht genau diese Unterscheidung. Wenn die Leute bei den Bobos besser überlegen, wie viel medizinische Dienstleistung sie wirklich brauchen, sinken die Prämien für alle. Finanzschwachen Menschen kann man gezielt helfen. Machen Sie mit? Und was halten Sie von der CVP-Placebo-Initiative?

## Mattea Meyer

Zum Glück sind Sie Anwalt und nicht Arzt. 10 000 Franken Selbstbehalt als wirksames Rezept anzupreisen? Wissen Sie, wie viele Menschen Mühe haben, unerwartete Kosten von 2500 Franken tragen zu können? Wie genau soll also eine mittelständische Familie 10 000 Franken für die Blinddarmoperation des Vaters berappen können? Das ist kein Schicksalsschlag, aber eine notwendige Behandlung, die allen offenstehen muss. Die CVP-Initiative, die eine Kostenbremse will, hat vermutlich nicht einmal einen Placebo-

## Debattierer



Mattea Meyer, 30, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Sie ist Co-Präsidentin der SP Winterthur und Co-Präsidentin der Sans-Papiers-Plattform Schweiz.



Andrea Caroni, 37, ist FDP-Ständerat aus dem Kanton Appenzell Auser-rhoden. Er arbeitet als Rechtsanwalt und ist Vizepräsident der FDP Schweiz.

Effekt, weil sie so unkonkret ist. Ich hätte ein anderes Rezept: den unsinnigen und teuren Wettbewerb in der Gesundheitsversorgung stoppen, der die Prämien in die Höhe treibt. Er führt dazu, dass lukrative, unnötige Operationen getätigt werden - und chronisch Kranke auf der Strecke bleiben. Wo Gesundheit zum Geschäft wird, wird es teuer.

## Andrea Caroni

Zum Glück sind Sie Geografin und nicht Buchhalterin. Sie hätten sonst gemerkt, dass ein höherer Selbstbehalt enorme Prämienersparnisse bewirkt. Für die von Ihnen erwähnte Familie wären das Tausende von Franken pro Jahr. Diese stünden just für solche Eingriffe zur Verfügung. Überhaupt müsste mehr Eigenverantwortung ja in Ihrem Sinne sein, denn sie senkt die Buffet-Mentalität, die zur Nachfrage nach unnötigen Operationen führt. Einig sind wir uns immerhin, dass die CVP-Initiative weniger hilft als Handauflegen. Das Heil des Gesundheitswesens finden wir aber nicht in noch weniger, sondern in mehr Wettbewerb, in mündigeren Patienten, mehr Digitalisierung, zeitgemässen Tarifen, in einem gestrafften Leistungskatalog, flexibleren Berufsbildern, in der Stärkung ambulanter Behandlung und einer Beschränkung der Rolle der öffentlichen Hand. Oder finden Sie es normal, dass die Kantone nicht nur die Regeln setzen und Leistungen bestellen, sondern auch noch selber Leistungen erbringen, und zwar in jedem Täli mit einem Spitäl?

## Mattea Meyer

Sie unterstellen den Versicherten, wegen jedem Wehwechen gleich zur Ärztin zu rennen. Das stimmt einfach nicht. Es mag solche geben, aber es gibt eben auch die, die aus Geldsorgen den Arztbesuch hinauszögern. Die Krankenkassenprämie ist für die meisten nach der Miete der zweitgrösste Posten im Haushaltsbudget. Und er steigt unaufhörlich. Deshalb wird die SP eine Initiative lancieren, die die Prämienlast auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Haushalt-

einkommens begrenzt. Ihre Rezeptur hingegen klingt mehr nach einem giftigen Cocktail als nach einem Heilmittel. Sie propagieren die Privatisierung der Spitalversorgung. Das bedeutet, dass die Gewinne in die Taschen von Spitalkonzernen fliessen, während für die unrentablen Behandlungen die öffentliche Hand die Verantwortung trägt. Wollen Sie die Gesundheit der Menschen an den Meistbietenden verkaufen? Die Ersten, die das spüren werden, sind die Patienten und das Pflegepersonal, das bereits heute unter hohem Druck wertvolle Arbeit leistet.

## Andrea Caroni

Sie widersprechen sich, kritisieren Sie doch selber «unnötige Operationen». Die konsumiert man aber viel eher, wenn sie ein Dritter bezahlt. Schon heute erhält jeder dritte Haushalt Prämienverbilligungen. Mit Ihrer Initiative würde noch mehr umverteilt. Irgendwann gäbe es statt einer Krankenversicherung die staatliche Rundumversorgung auf Kosten des Steuerzahlers. Die Kantone verschwenden ihrerseits Geld mit viel zu kleinräumiger Spitalplanung und Anreizen zum Bettenbolzen statt ambulanter Heilung. Stört Sie das nicht?

## Mattea Meyer

Auch die im Täli haben Anrecht auf eine Grundversorgung, während Spezialbehandlungen durchaus konzentriert werden können. Privatisierung bringt Wettbewerb um Privatversicherte, alle anderen haben das Nachsehen. Wollen Sie denn, dass jeder und jede in Zukunft eine Operation selber bezahlen muss? Dann wären wir dann endgültig bei amerikanischen Verhältnissen anbelangt. Das macht mir Bauchweh.

## Andrea Caroni

Die paar Täli können sich auch ein Spital teilen. Dann erhalten sie mehr Leistung und Qualität fürs Geld. Gegen Bauchweh empfehle ich übrigens einen «Appenzeller» - Sie dürfen sich einen auf meine Kosten genehmigen.

## Strittis Schlagzeile

Zum Staatsbesuch des deutschen Bundespräsidenten in Bern.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.